



Volksabstimmung 14. Juni 2015:

NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer – Neue Steuerfalle NEIN!

(Änderung vom 26.9.2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen/RTVG)

Argumentarium

I. Worum geht es?

Auf die Schweizer Bevölkerung und unsere Wirtschaft kommen schwierige Zeiten zu: Durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses sind Tausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gefährdet. Sicherheit und Wohlstand sind bedroht.

In diesen Zeiten darf der Staat die Bürgerinnen und Bürger, das Gewerbe und die Wirtschaft nicht noch mehr finanziell belasten. Doch genau das macht die neue Billag-Mediensteuer. Sie ist eine Steuerfalle, die mit der süßen Versprechung einer kleinen Gebührensenkung zu immensen Mehrbelastungen für alle führt.

Aus diesem Grund hat der Schweizerische Gewerbeverband sgv das Referendum gegen die neue Billag-Mediensteuer (Änderung vom 26.9.2014 des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen/RTVG) ergriffen. Mit über 100'000 Unterschriften ist das Referendum zustande gekommen.

Am 14. Juni 2015 stimmt die Schweizer Bevölkerung über die neue Billag-Mediensteuer ab. Mit einem klaren NEIN zur neuen Mediensteuer sorgen wir dafür, dass Bevölkerung, Gewerbe und Unternehmen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht noch mehr belastet werden. Wir müssen uns nicht widerstandslos immer mehr Steuern und Abgaben aufbürden lassen. Wehren lohnt sich!

II. Die wichtigsten Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer im Überblick

1. Nein zur Abzockerei mit immer neuen Steuern

Mit dem neuen RTVG will der Staat für alle Haushalte und Firmen eine neue Billag-Mediensteuer einführen. Egal, ob jemand Empfangsgeräte hat, egal ob er Radio und TV konsumiert, ja selbst egal, ob er überhaupt in der Lage ist, die Programme zu hören oder zu sehen. Alle müssen die neue Zwangssteuer zahlen. Das ist ungerecht und unfair. Schweizweit zieht der Staat ein weiteres Mal mit einer neuen Steuer Privaten und Unternehmen Geld aus der Tasche. Es gibt keine Chance mehr, sich von dieser neuen Billag-Mediensteuer befreien zu lassen. Alle werden abgezockt. Es geht aber nicht an, dass immer neue Abgaben, Gebühren und Steuern erfunden und eingetrieben werden.

2. Achtung Steuerfalle: Nein zur neuen Billag-Mediensteuer

Mit der Billag-Mediensteuer lassen sich Bundesrat und SRG einen Freipass geben. Völlig intransparent und ohne, dass das Volk etwas zu sagen hat, könnte die Steuer unbeschränkt erhöht werden. Mit dem Köder, die Steuer würde kurzfristig sinken, locken sie das Volk in die Steuerfalle. Schnappt diese zu, steigt die Steuer schnell an.

3. Nein zur unkontrollierten Steuererhöhung und einer Mediensteuer von 1000 Franken

Seit 1990 ist die Billag-Abgabe von Fr. 279 um 65% auf Fr. 462 gestiegen. Alleine mit dieser Entwicklung zahlen wir in einigen Jahren 700-800 Franken Billag-Mediensteuer pro Haushalt und Jahr. Zusätzlich will das Staatsfernsehen massiv ins Web investieren und teure Eigenproduktionen forcieren. Damit sind 1000 Franken Mediensteuer pro Haushalt und Jahr in den nächsten Jahren vorprogrammiert. Eine effiziente, landesweit qualitativ gute Grundversorgung mit Radio- und Fernsehprogrammen ist unbestritten. Diese darf aber nicht immer mehr kosten. Noch mehr Billag-Mediensteuer liegt einfach nicht drin.

4. Nein zur absurden Doppelbesteuerung

Unternehmerinnen und Unternehmer auch von kleinen Firmen ab einem Umsatz von 500'000 Franken zahlen für dieselbe aufgezwungene Leistung gleich doppelt, privat und im Betrieb. Wegen dem starken Franken kämpfen viele KMU um ihre Existenz. Statt sie zu entlasten, werden sie mit der absurden Billag-Mediensteuer zur Kasse gebeten. Diese belastet unsere Wirtschaft jährlich mit rund 200 Millionen Franken. Das ist fünf Mal mehr als heute. Und das obwohl ein Unternehmen gar nicht Radio hören oder Fernsehen schauen kann.

Deshalb NEIN zu dieser neuen Steuerfalle, NEIN zur neuen Billag Mediensteuer, NEIN zur staatlichen Zwangssteuer, NEIN zum Radio- und Fernsehgesetz (RTVG).

III. Die Vorlage

Kernwortlaut: *Privathaushalte*

Art. 69a Abs. 1: Für jeden Privathaushalt ist eine Abgabe in gleicher Höhe zu entrichten.

Unternehmensabgabe

Art. 70 RTVG Abgabepflicht der Unternehmen: Abgabepflichtig ist ein Unternehmen, wenn es den vom Bundesrat festgelegten Mindestumsatz in der im vorangegangenen Kalenderjahr abgeschlossenen Steuerperiode ... erreicht hat.

Als Unternehmen gilt, wer bei der ESTV im Register der mehrwertsteuerpflichtigen Personen eingetragen ist.

IV. Die Argumente gegen die neue Billag-Mediensteuer im Detail

1. Achtung Steuerfalle: NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer

Bevölkerung und Wirtschaft in der Schweiz stehen vor schwierigen Zeiten. Durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses geraten viele Unternehmen unter grossen Druck. Arbeitsplätze sind in Gefahr. Der Wohlstand wird bedroht. In dieser Zeit dürfen der Bevölkerung nicht noch mehr Belastungen aufgebürdet werden. Doch genau das macht die neue Billag-Mediensteuer. Sie ist eine Steuerfalle, die mit süssen Versprechen einer kleinen Gebührensenkung zu immensen Mehrbelastungen in Zukunft für alle führt. Am Schluss haben wir alle weniger Geld im Portemonnaie.

Mit einem Buebetrückli sollen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger geködert werden. Obwohl Tausende von ihnen als Unternehmer und Arbeitnehmende über die Betriebe künftig doppelt besteuert werden, gaukeln die Medienministerin und die SRG-Bosse vor, die Gebühren würden sinken. Gleichzeitig lässt sich der Bundesrat einen Freipass geben, um den von ihm selber kontrollierten Staatssender unbeschränkt mit zusätzlichen Geldern versorgen zu können. Sobald das Parlament und die Bürgerinnen und Bürger nichts mehr zu sagen haben, schnappt die Steuerfalle zu.

2. Nein zu unkontrollierten Steuererhöhungen und einer Mediensteuer von 1000 Franken

Mit der neuen Billag-Mediensteuer geben wir dem Bundesrat und den SRG-Bossen einen eigentlichen Freipass, die neue Steuer ohne jegliche Kontrolle unbeschränkt weiter erhöhen zu können. Ist das neue System einmal in Kraft, ist die Erhöhung so sicher wie das Amen in der Kirche. Eine



Erhöhung ist dem demokratischen Volkswillen komplett entzogen. Die neue Billag-Mediensteuer wäre die einzige Steuer im Schweizer Rechtssystem, wo das Volk zu Erhöhungen nichts zu sagen hat. In den vergangenen Jahren sind die Einnahmen bedingt durch die starke Zuwanderung stetig gestiegen. Trotzdem sind die Gebühren nie nach unten angepasst worden. Im Gegenteil: Sie steigen seit Jahren kontinuierlich an. Noch 1990 setzte der Bundesrat den Preis auf 279 Franken pro Jahr fest. Heute sind pro Haushalt und Jahr 462 Franken geschuldet, was einer Preiserhöhung von 65% entspricht.

Schon alleine eine lineare Steigerung wie in den letzten 25 Jahren würde in Zukunft jährlich Medien-

steuern für Private von 700-800 Franken bedeuten. Da die SRG die Eigenproduktionen massiv ausbauen und stark auch ins Web-TV investieren wird, ist von einer exponentiellen Entwicklung der Billag-Mediensteuer auszugehen. Diese wird bis 2030 auf über 1000 Franken pro Haushalt ansteigen! Wer das Unglück hat, berufstätig zu sein, zahlt über die Firma gleich doppelt mit.

1000 CHF

künftig wird es noch teurer

3. Nein zur Abzockerei mit immer neuen Steuern und Abgaben

Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz will der Staat für alle Privathaushalte und für die Unternehmen eine neue Billag-Mediensteuer einführen. Neben Bundessteuer, Kantonssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Mineralölsteuer, Mehrwertsteuer und, und, und sollen alle Bürgerinnen und Bürger zusätzlich eine weitere neue Billag-Mediensteuer bezahlen. Egal, ob jemand überhaupt Empfangsgeräte hat, egal, ob er Radio oder TV konsumiert, ja selbst egal, ob er überhaupt in der Lage ist, die Programme zu hören oder zu sehen. Bezahlen müssen alle!

Schweizweit zieht der Staat ein weiteres Mal mit einer neuen Steuer Privaten und Unternehmen Geld aus der Tasche. Es gibt keine Chance mehr, sich von dieser neuen Billag-Mediensteuer befreien zu lassen. Alle werden abgezockt. Es geht aber nicht an, dass immer neue Abgaben, Gebühren und Steuern erfunden und eingetrieben werden.

Alleine am Abstimmungswochenende vom 14. Juni sollten KMU und dem Schweizer Mittelstand mit der Erbschaftssteuer noch eine weitere neue Steuer aufgedrückt werden. Deshalb sagen wir NEIN zur Abzocke, NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer und NEIN zu einer nationalen Erbschaftssteuer.

4. Nein zur Vergoldung eines heute schon zu teuren Staatssenders

Die SRG ist insgesamt massiv zu teuer. Für eine schlanke und qualitative Grundversorgung brauchen die SRG-Fernsehbosse Spardruck anstatt einen Freipass zur Abzockerei der Bürgerinnen und Bürger. Die SRG verfügt heute über ein fürstliches Budget von 1,6 Milliarden Franken pro

Jahr, das sie sich mit kontinuierlichen Gebührenerhöhungen geschaffen hat. In den letzten 25 Jahren ist die Zahl der Haushaltungen durch die Zunahme der Bevölkerung von 2,8 auf 3,5 Millionen angestiegen. Alleine durch diesen Bevölkerungszuwachs hat die SRG den Finanzierungsanteil zwischen 1998 und heute nur aus den Gebühren von 1,08 Milliarden auf 1,35 Milliarden ausbauen können. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert bis 2030 sogar 3,9 Millionen Haushalte, was der SRG noch mehr Einnahmen aus der Billag-Mediensteuer generieren wird. Eine schlanke, aber landesweit qualitative Grundversorgung mit Radio- und Fernsehprogrammen ist wichtig und wird nicht bestritten. Unter dem Schlagwort «Service public» haben sich die Fernsehbosse aber ein riesiges und viel zu teures Königreich geschaffen. Dieses müsste entschlackt werden, anstatt das überdimensionierte Staatsfernsehen mit einer neuen Billag-Mediensteuer auf dem aufgeblasenen Niveau zu zementieren oder gar auszubauen und damit weiter zu verteuern. Eine Mediensteuer selbst von 400 Franken ist massiv zu teuer. Im internationalen Vergleich zahlen die Schweizerinnen und Schweizer mit Abstand die höchsten Mediensteuern.

Mit der neuen Billag-Mediensteuer sind Steuererhöhungen so sicher wie das Amen in der Kirche und 1000 Franken Billag-Mediensteuer in wenigen Jahren traurige Realität.



Quellen: Recherche Blick/ Regulierungs-Monitoring 2012/13 IPMZ, Wikipedia, Sender. Fremdwährungen zum Tageskurs in Franken umgerechnet

	Schweiz	Deutschland	Österreich	Frankreich	Italien	Grossbritannien
Gebühren pro Haushalt	462.40 Fr.	258.20 Fr.	333.90 Fr.	154.90 Fr.	132.10 Fr.	215.00 Fr.
Gesamteinnahmen	1645 Mio. Fr.	8784 Mio. Fr.	1143 Mio. Fr.	4229 Mio. Fr.	3393 Mio. Fr.	7817 Mio. Fr.
Gebührenanteil	71%	85-88%	61%	85%	60%	71%
Anzahl Sender	7 TV, 17 Radio	14 TV, 12 Radio	5 TV, 12 Radio	4 TV, 7 Radio	13 TV, 3 Radio	10 TV, 15 Radio
Werbebeschränkungen	Nur Sponsoring im Radio, keine Werbung im Internet	Keine Werbung und Sponsoring ab 20 Uhr im TV, Werbezeit max. 20 Minuten/Tag	Werbezeit im TV max. 42 Min/Tag, keine Unterbrecherwerbung, Radio werbefrei	Keine Werbung von 20 bis 6 Uhr, ab 2016 Werbeverbot	Werbezeit max. 12 Prozent der Sendezeit und max. 4 Prozent/ Stunde	Im Inland keine Werbung
Programmauflagen	Service-public-Auftrag gemäss Radio- und TV-Gesetz: u. a. Viersprachigkeit	Öffentlich-rechtlicher Programmauftrag: Information, Bildung, Kultur, Unterhaltung	Öffentlicher Auftrag gemäss Gesetz: Information, Kultur, Bildung, Unterhaltung	Service-public-Auftrag: Information, Meinungsbildung, Kultur	Service-public-Auftrag	Öffentlicher Auftrag: Information, Bildung, Kultur, Repräsentation im Ausland

Quellen: Recherche Blick/ Regulierungs-Monitoring 2012/13 IPMZ, Wikipedia, Sender. Fremdwährungen zum Tageskurs in Franken umgerechnet

5. Nein zur Verschleuderung von Steuergeldern

Die Schweizerinnen und Schweizer sollen schweizweit mit qualitativ hochstehenden Informationssendungen in der jeweiligen Landessprache bedient werden. Das ist unbestritten. Unter dem Deckmantel eines schwammigen und je nach Lust und Laune der SRG-Bosse ausgedehnten und zurechtgebogenen Begriffs «Service Public» haben sich diese ihren Staatssender vergoldet und verschleudern Steuergelder. Dass Sendungen wie ein Jass aus dem Puff als Service public mit Steuergeldern finanziert werden, ist unhaltbar. Sendungen mit einem offenbar für die TV-Bosse zu hohen Schweizeranteil werden aus dem Programm geworfen, als ob man sich für das eigene Land schämen müsste. Das ganze System und der ganze Personalaufwand sind viel zu teuer. Damit SRG-Boss Roger de Weck jährlich ein mit der Billag-Steuer finanziertes Salär von 397'000 Franken kassieren und sich obendrauf Spesen und Nebenleistungen von nochmals 95'000 Franken auszahlen lassen kann, soll nun das Volk bluten. Der SRG-Boss kassiert eine halbe Million Franken – viel mehr als ein Bundesrat verdient. Das ist eigentlicher Diebstahl am Volk. Angesichts dieser Fakten müssten die Gebühren halbiert und wirklich in einen zielgerichteten Service public anstatt in einen aufgeblasenen Staatsapparat mit überdotierten und selbstherrlichen Funktionären investiert werden.

Mit der neuen Billag-Mediensteuer werden Millionen an Steuergeldern in einen Staatsapparat gepumpt, bevor überhaupt klar ist, was dieser leisten soll. Sinnvollerweise müsste zuerst diskutiert werden, was die Inhalte sein sollen, was wirklich unter einem effizienten, aber qualitativ hochstehenden Service public an Informationen bereitgestellt werden soll. Statt diese längst überfällige Diskussion zu führen, erhält die SRG mit der Finanzierung über die Billag-Mediensteuer faktisch die alleinige Kompetenz, zu bestimmen, welchen Service public die Schweiz in welchem Umfang braucht. Da die Mediensteuer nach oben nicht begrenzt ist, kann die SRG aus dem Vollen schöpfen und sich ihre Aufträge selber geben lassen. Zahlen wird das Volk, ohne dass es sich gegen die Steuererhöhungen wehren kann.

6. Nein zur absurden Doppelbesteuerung

Rund 150'000 Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Angestellten, zu über 90% aus KMU, werden mit der Billag-Mediensteuer doppelt zur Kasse gebeten. Als Privatpersonen werden



Foto: André Marzoff

sowieso schon alle zahlen müssen. Unternehmerinnen, Geschäftsführer, aber auch die Mitarbeitenden von bereits sehr kleinen Firmen ab 500'000 Franken Jahresumsatz werden gleich doppelt geschöpft. Sie zahlen gleich zweimal für dieselbe Leistung, die sie in vielen Fällen weder nutzen können noch nutzen wollen. So sollen künftig schweizweit Tausende Schreiner auch im Betrieb für den Konsum von TV-Programmen zahlen, obwohl sie bei der Arbeit an einer Säge oder einem Hobel unmöglich TV schauen können. Ausserdem ist es aus Sicherheitsgründen ohnehin ausgeschlossen, ja verboten, bei der Arbeit den Fernsehen laufen zu lassen. Noch mehr Bauarbeiter im Tunnel- und Strassenbau zahlen als Angestellte ihrer Firma für den Konsum von Radio- und TV-Programmen, obwohl es schlicht nicht möglich ist, draussen auf einer Baustelle diese Programme während der Arbeit zu konsumieren.



Die neue Billag-Mediensteuer führt zu bizarren und schlicht unverständlichen Situationen. Ein Bäcker lässt sich morgens um zwei Uhr von seinem Radio wecken. Er zahlt dafür schon in wenigen Jahren 1000 Franken Billag-Mediensteuer. Eine halbe Stunde später geht er einen Stock tiefer in die Backstube. Dort bezahlt er gleich nochmals Billag-Mediensteuer. Das ist absurd und zeigt, dass die Doppelbesteuerung einzig darauf ausgelegt ist, den Bürgerinnen und Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen.

Wie dreist die SRG-Bosse bei der Abzockerei der Bürgerinnen und Bürger vorgehen, zeigt ihre Argumentation, wie sie die unverflorene Abzockerei beim Volk durchbringen wollen. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird Sand in die Augen gestreut, mit der Behauptung, 70% der KMU würden befreit. Das ist reine Augenwischerei. Künftig werden ausnahmslos alle Billag-Mediensteuer zahlen. Jeder Einzelunternehmer zahlt als Privatperson Billag-Mediensteuer, der kleinste Familienbetrieb, egal, welcher Umsatz erzielt wird, zahlt über die Familie Billag-Mediensteuer, und jedes Mikrounternehmen liefert über den Unternehmer oder die Unternehmerin Billag-Mediensteuer ab. Es macht die unsägliche Billag-Mediensteuer-Abzockerei keinen Deut besser, wenn ein Teil der Unternehmerinnen, der Patrons und deren Angestellten «nur» einfach und nicht doppelt abgezockt wird. Das Vorgehen der SRG-Fernsehbosse ist an Unverfahrenheit kaum noch zu überbieten.

Wie dreist die SRG-Bosse bei der Abzockerei der Bürgerinnen und Bürger vorgehen, zeigt ihre Argumentation, wie sie die unverflorene Abzockerei beim Volk durchbringen wollen. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wird Sand in die Augen gestreut, mit der Behauptung, 70% der KMU würden befreit. Das ist reine Augenwischerei. Künftig werden ausnahmslos alle Billag-Mediensteuer zahlen. Jeder Einzelunternehmer zahlt als Privatperson Billag-Mediensteuer, der kleinste Familienbetrieb, egal, welcher Umsatz erzielt wird, zahlt über die Familie Billag-Mediensteuer, und jedes Mikrounternehmen liefert über den Unternehmer oder die Unternehmerin Billag-Mediensteuer ab. Es macht die unsägliche Billag-Mediensteuer-Abzockerei keinen Deut besser, wenn ein Teil der Unternehmerinnen, der Patrons und deren Angestellten «nur» einfach und nicht doppelt abgezockt wird. Das Vorgehen der SRG-Fernsehbosse ist an Unverfahrenheit kaum noch zu überbieten.

7. Nein zu einer Zwangs-Mediensteuer für etwas, was gar nicht konsumiert werden kann

Heute bezahlt eine Privatperson für ihren Haushalt, wenn sie Radio empfangen kann und nutzt, jährlich 169.15 Franken. Für den Empfang und Konsum der Fernsehprogramme zahlt sie 293.25 Franken pro Jahr. Wenn sie beides nutzen möchte, zahlt sie jährlich 462.40 Franken an die Billag. Das ist sehr viel Geld. Wer sich das nicht leisten kann oder die Programme von Radio oder Fernsehen gar nicht nutzen kann oder will, hat heute die Möglichkeit, sich von dieser Billag-Gebühr befreien zu lassen. Neu bezahlen alle 400 Franken pro Jahr, egal, ob sie nur Radio hören und gar keinen Fernseher haben, egal, ob sie keines von beiden konsumieren können und wollen. Wer heute gelegentlich im Auto Radio gehört hat und dafür 169.15 Franken bezahlt hat, muss neu direkt 230.85 Franken mehr bezahlen, obwohl er nie SRF Fernsehsendungen schaut. Künftig wird pauschal sogar 1000 Franken pro Jahr einkassiert. Da die neue Billag-Mediensteuer schon nach wenigen Jahren ansteigen wird, wird es noch teurer.

Viele Menschen in der Schweiz, ältere Generationen, aber auch junge Familien, haben keinen Fernseher und nutzen die Programme nicht. Dem Staatssender ist das völlig egal. Zahlen sollen künftig ausnahmslos alle. Nach einer symbolischen Übergangszeit von 5 Jahren wird sich niemand mehr befreien lassen können.

Die neue Billag-Mediensteuer führt aber auch in Unternehmen zu abstrusen Situationen. Der Staatssender langt für den Medienkonsum von Unternehmern und Mitarbeitenden kräftig ins Portemonnaie, obwohl diese in sehr viele Fällen davon unmöglich Gebrauch machen können. Ein Schreiner, ein Maurer, ein Lastwagenfahrer, ein Friedhofsgärtner...sie alle können während der Arbeit unmöglich TV schauen. Die Arbeitsbedingungen vor Ort lassen es schlicht nicht zu. Wer mit giftigen oder spitzen Gegenständen arbeitet, darf aus Sicherheitsgründen nicht gleichzeitig Fernsehen schauen. Auch Büroangestellte können nicht arbeiten und gleichzeitig TV konsumieren. Sie alle sollen aber doppelt nicht nur Radio- sondern auch TV-Gebühren zahlen. Rund 150'000 Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Angestellten, zu über 90% aus KMU, werden mit der Billag-Mediensteuer doppelt zur Kasse gebeten. Der Daseinszweck von Unternehmen ist nicht der, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihren Arbeitstag mit TV- oder Radiokonsum verbringen. Unternehmen mit Arbeitsplätzen im Bürobereich schränken die Nutzung der entsprechenden Programme sogar aktiv ein und lassen TV-Portale, YouTube und Internetzugänge sperren.

Mit dem neuen Radio- und Fernsehgesetz will die SRG künftig sogar auch von ausländischen Firmen Billag-Mediensteuern einkassieren, selbst wenn diese gar keine Mitarbeitenden in der Schweiz haben. Das ist der Fall bei ausländischen Firmen, die selber keine Mitarbeitenden in der Schweiz beschäftigen, aber einen Teil ihres Umsatzes hier erzielen. Niemand schaut Fernsehen oder hört Radio, doch die SRG zockt ab. Da die Untergrenze von 100'000 Franken bei der Mehrwertsteuerpflicht für ausländische Firmen voraussichtlich fallen wird, zahlt ein ausländischer Betrieb bereits ab dem ersten Franken Umsatz in der Schweiz die Billag-Mediensteuer. Abkassiert wird auf den Umsatz, den eine Firma weltweit insgesamt erzielt. Auch Unternehmen, die in der Schweiz nur wenig Umsatz machen, drohen in der Schweiz so Zusatzsteuern von bis zu 39'000 Franken pro Jahr.

Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz stehen mit der Frankenstärke vor immensen Herausforderungen. Wohlstand und Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Anstatt die Unternehmen und die Privathaushalte zu entlasten, soll mit der Billag-Mediensteuer eine neue Steuer eingeführt werden. Das ist eine direkte Schwächung der Rahmenbedingungen in der Schweiz.

Dass Privatpersonen sowie Firmen und deren Mitarbeitende trotzdem für eine Leistung zur Kasse gebeten werden, die sie gar nicht nutzen können, ist zutiefst ungerecht und entbehrt jeder Logik.

8. Nein zur verfassungswidrigen Steuereinführung am Volk vorbei

Die Einführung einer neuen Steuer muss über eine Verfassungsrevision erfolgen. Dabei muss zwingend das Volk befragt werden. Wohl aus der berechtigten Angst, dass sich das Volk nicht einfach so ausnehmen lassen will, zeigte sich der Bundesrat innovativ. Er erfand kurzerhand eine neue Einnahmenkategorie, mit der er die Steuer ohne zwingende Volksabstimmung durch die Hintertür einführen wollte. So sollte die neue Billag-Mediensteuer am Volk vorbeigeschummelt werden. Namhafte Staatsrechtler bestreiten deshalb die Verfassungsmässigkeit der Vorlage. Mit über 100'000 Unterschriften hat das Volk eine Abstimmung über den happigen Eingriff in ihr Portemonnaie erzwungen.

Das Volk lässt sich nicht mit Trickereien das Geld aus der Tasche ziehen. Die einzig richtige Antwort auf solche Schummeleien ist ein klares Nein zur neuen Billag-Mediensteuer.

Achtung: Neue Steuerfalle!

NEIN
Änderung des Bundesgesetzes
über Radio und Fernsehen
Neue Billag-Mediensteuer

www.mediensteuer-nein.ch

9. Nein zur intransparenten Finanzierung eines Medien-Staatsmolochs

Die SRG kann mit den Steuermilliarden fast nach Belieben schalten und walten. Die SRG als Staatsbetrieb unterliegt nicht einmal der Prüfung der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK). Das Finanzkontrollgesetz ist nicht anwendbar. So sieht es das Gesetz für die neue Billag-Mediensteuer vor. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat keine Kompetenzen, selber Kontrollen durchzuführen, ob die Steuermilliarden zielführend eingesetzt werden. Das ist unhaltbar. Es ist eine reine Farce und passt zum Filz im Management des Staatssenders, dass Kontrollen nur auf Antrag des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) gemacht werden können. So können die TV-Bosse, ohne sich rechtfertigen zu müssen, munter weiter Geld ausgeben. Kritischen Fragen, ob sie die Steuermilliarden effizient einsetzen und ob Radio und Fernsehen zweckmässig organisiert sind, müssen sie sich keine Gefallen lassen. Dies darf nicht sein.

Die einzig richtige Antwort auf solch einen intransparenten Filz im Medien Staatsmoloch ist ein deutliches Nein zur neuen Billag-Mediensteuer am 14. Juni 2015.



Behauptet wird ...



Richtig ist ...

V. Die Argumente der Befürworter und unsere Antworten:

Behauptet wird:

Jeder hat ein Empfangsgerät. Deshalb ist die Haushaltsabgabe einfacher und zeitgemässer!

Richtig ist:

Es gibt viele Menschen, die bewusst auf TV- und Radiokonsum verzichten oder die vielleicht aufgrund körperlicher Einschränkungen gar nicht in der Lage sind, Radio oder TV zu konsumieren. Diese Menschen dürfen nicht bestraft werden. Genauso gut könnte der Staat auch sagen: Alle Haushalte müssen eine Hunde- oder Tiersteuer zahlen, da das Eintreiben der Steuern so einfacher ist!

Behauptet wird:

Gebühren für Private und Firmen sinken.

Richtig ist:

1. Seit 1990 kennt die Billag-Abgabe nur eine Richtung: Sie steigt von Jahr zu Jahr. Seit 1990 ist sie von Fr. 279 um 65% auf Fr. 462 gestiegen. Zusätzlich will das Staatsfernsehen neu massiv ins Web investieren und teure Eigenproduktionen forcieren. Damit sind 1000 Franken Mediensteuer pro Haushalt und Jahr in den nächsten Jahren vorprogrammiert. Damit entpuppt sich die versprochene Senkung der Gebühren um Fr. 62 pro Jahr als ein süßes Lockmittel. Sagen wir jetzt nicht NEIN zur neuen Billag-Mediensteuer, schnappt die Steuerfalle zu. Bundesrat und SRG können die Gebühren im nächsten Jahr wieder im Alleingang nach eigenem Gutdünken erhöhen – sowie ständig seit 1990!

2. Die neue Mediensteuer führt dazu, dass neu alle Firmen über Fr. 500'000 Umsatz eine Radio- und TV-Gebühr doppelt zahlen müssen, selbst wenn sie in ihrem Betrieb gar kein Radio oder TV haben oder es gar keine Möglichkeit gibt, im Büro Radio oder TV zu schauen. Die neue Mediensteuer belastet so unser Gewerbe und unsere Unternehmen jährlich zusätzlich mit 200 Millionen Franken. Das ist fünfmal mehr als bisher.

Behauptet wird:

Über 70% der Unternehmen zahlen weniger oder gar keine Billag-Mediensteuer mehr.

Richtig ist:

Diese Argumentation zeigt, wie dreist die SRG-Fernsehbosse bei der Abzockerei der Bürgerinnen und Bürger vorgehen, um ihre unverfrorene Abzockerei am Volk vorbeischieben zu können. Denn das ist reine Augenwischerei. Künftig werden ausnahmslos alle Billag-Mediensteuer zahlen, egal, ob sie die Inhalte überhaupt konsumieren können oder wollen. Jeder Einzelunternehmer zahlt als Privatperson Billag-Mediensteuer, der kleinste Familienbetrieb, egal, welcher Umsatz erzielt wird, zahlt über die Familie Billag-Mediensteuer, und jedes Mikrounternehmen liefert über den Unternehmer oder die Unternehmerin Billag-Mediensteuer ab. Sie alle zahlen, befreit wird niemand.

Wer mehr als 500'000 Franken Umsatz erzielt, zahlt vielmehr doppelt für eine Leistung, die er in sehr vielen Fällen nicht nutzen kann und will. Denn Unternehmen können nicht Radio hören und TV schauen. Es sind immer die natürlichen Personen, und die zahlen ja alle bereits. Es macht die unsägliche Billag-Mediensteuer-Abzockerei keinen Deut besser, wenn ein Teil der Unternehmerinnen, der Patrons und deren Angestellten «nur» einfach und nicht doppelt abgezockt wird.

Behauptet wird:

Wird die neue Billag-Mediensteuer abgelehnt, bedeutet das Abbau des Service public. Qualitätsfernsehen auch für sprachliche Minderheiten würde verschwinden und nur noch Kommerzkanäle würden bleiben.

Richtig ist:

Qualitativ hochstehende Informationsvermittlung in alle Landesteile und in allen Sprachen ist wichtig und wird durch ein Nein zur neuen Billag-Mediensteuer in keiner Weise infrage gestellt. Dazu braucht es aber nicht einen viel zu teuren Staatsapparat, mit einem viel zu grossen Overhead und überbezahlten Funktionären. Die SRG nimmt über Werbung selber jährlich 300 Millionen Franken ein und bringt genau so Werbespots wie private TV-Sender. Der Geldhunger des SRG-Verwaltungsapparats verschlingt jährlich zusätzlich 1,3 Milliarden Franken an Gebührengeldern, die neben teuren Namensänderungen und Umbeschriftungen der Gebäude auch durch Fehlentscheidungen und Misswirtschaft versickern. So garantiert die SRG-Spitze aufgrund einer eklatanten Fehlentscheidung für das ganze Jahr ausländischen Partnern einen viel zu hohen Wechselkurs. Wegen diesem Fehler bezahlt sie für eingekaufte Sendungen massiv mehr Geld als private Fernsehsender. Dieses Vorgehen hat nichts mit verantwortungsvollem Umgang mit den über Gebühren eingetriebenen Mitteln zu tun. Es ist zu viel Geld im System. Wer über zu viel Geld verfügt, das er nicht selber verdienen musste, wird träge und anfällig für Missmanagement. Das ist bei der SRG der Fall. Der Staatsapparat SRG musst entschlackt und nicht noch weiter aufgeblasen werden.

Weitere Argumente und Gegenargumente sowie mehr Informationen finden Sie auf www.mediensteuer-nein.ch

So stimmen Sie richtig gegen immer neue Steuern, Abgaben und Gebühren:

